

Dialog Global
Heft 4

Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation –
Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren

Dialog Global

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Agenda 21-Prozesse anstoßen und die Eine-Welt-Arbeit stärken, das ist das Anliegen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Wie können wir das bewerkstelligen? Ein Baustein sind professionelle Moderatorinnen und Moderatoren, die neben ihrem üblichen Handwerkzeug auch über spezielles Know-how zu Nachhaltigkeitsthemen haben und ein Basiswissen zu entwicklungspolitischen Akteuren und Strukturen. Sie können so auch die Anliegen der Servicestelle vermitteln, vernetzen und führen unterschiedliche Standpunkte zusammen.

Im Dezember 2002 haben wir deshalb 18 Moderatorinnen und Moderatoren zur Informationsveranstaltung "Die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 braucht professionelle Moderatoren – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren" eingeladen. Mit dem Bericht aus Johannesburg und dem perspektivischen Ausblick zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann konnten wir eine prominente Fürsprecherin gewinnen.

Mit ihr referierten sechs weitere Vertreterinnen und Vertreter entwicklungspolitischer Kampagnen und Fachbereiche über ihre Arbeit und Motivation. Sie vermittelten so den Moderatoren ein breites Spektrum an Wissen darüber, was die Eine-Welt-Arbeit ausmacht und was sie am Leben hält.

Der vorliegende Band stellt in aufbereiteter Form die Inhalte der Referate dar. Er ist ein Fundus an Information und Kontakten. Für alle Interessierten zeigt er die thematische Breite der Eine-Welt-Arbeit auf und wie sie ganz konkret erfolgreich umgesetzt werden kann.

Ich hoffe, diese Dokumentation dient Ihnen als Anregung für Ihre eigene Arbeit vor Ort.

Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Inhalt

Einführung	3
Bärbel Diekmann: Eine neue Rolle für die Kommunen in der Einen Welt – Herausforderungen nach dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg	3
Ulrich Nitschke: Licht im Tunnel der Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	3
Sven Giegolt: Globalisierung kritisch betrachtet – Strukturen und Positionen von Attac	3
Steffen Jörg: Ethische Geldanlagen als Investition in die Zukunft	3
Dieter Overath: Der Handel der Zukunft ist fair – was bietet der Faire Handel der kommunalen Ebene?	3
Rosi Wolf-Almanasreh de C. Esteves: Das Eigene im Anderen entdecken – Positive Ansätze aus der Migrations- und Integrationsarbeit	3
Dr. Helle Becker: Bildung für nachhaltige Entwicklung	3
Dr. Ulrike Eberhardt: Lokale Agenda 21 konkret: Prozesse und Erfolge am Beispiel der Stadt Lippstadt	3
Harald Kleem: Eine-Welt-Arbeit konkret: Deutsch-brasilianische Regionalpartnerschaft	3
Publikationen	3



Bärbel Dieckmann

Eine neue Rolle für die Kommunen in der Einen Welt – Herausforderungen nach dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg

Bärbel Dieckmann berichtete über ihre Erfahrungen beim Weltgipfel im September 2002. Sie reiste in mehrfacher Funktion nach Johannesburg: Als Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn und als Präsidentin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), in der sie an der parallel stattfindenden Weltkonferenz der Kommunen und regionalen Gebietskörperschaften teilnahm. Außerdem war sie beim UN-Gipfel Mitglied der deutschen Regierungsdelegation.

'Der Erdgipfel hat für die nachhaltige Entwicklung nichts gebracht.' Diese von vielen geäußerte Meinung teilt Bärbel Dieckmann absolut nicht. Zwar hätte auch sie sich mehr konkrete Ergebnisse gewünscht, „aber zum einen sind die Unterschiede zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern so gravierend, dass es kaum möglich ist detaillierte gemeinsame Zielsetzungen zu erarbeiten. Zum anderen gibt es natürlich auch bei den Industrieländern sehr große Diskrepanzen.“ Das gilt insbesondere für die nationalen Regierungen. Auf kommunaler Ebene ist die Erkenntnis von Notwendigkeiten manchmal größer. „Denn“, so Bärbel Dieckmann, „die BürgermeisterInnen wissen oft genauer und direkter um die Probleme und Notwendigkeit einer Nachhaltigen Entwicklung.“

Dies zeigte sich auch bei der Weltkonferenz der Kommunen und regionalen Gebietskörperschaften, die vom International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) veranstaltet wurde. Die Bedeutung der Kommunen für den weltweiten Agenda-Prozess wurde von den 700 TeilnehmerInnen sehr hoch eingeschätzt. So hieß es: „Ohne Kommunen wäre Rio, die Agenda 21, schon tot.“ Denn die meisten Agenda-Aktivitäten geschehen auf lokaler Ebene. In den Entwicklungsländern, wo weniger staatliche Strukturen existieren, spielen die Kommunen dabei eine noch größere Rolle.

Gemeinsame Probleme zusammen lösen

Bärbel Dieckmann betonte in ihrem Vortrag, dass in Johannesburg der Know-How-Transfer und der Erfahrungsaustausch in beide Richtungen sehr wichtig waren. So wurde zum Beispiel

deutlich, wie überzeugend es ist, dass die Bundesregierung die Förderung von erneuerbaren Energien in Deutschland vorangetrieben hat. „Das beweist den Entwicklungsländern, dass dies keine schlechtere oder zweitrangige Art der Energieerzeugung ist, sondern eine auch von Industrieländern genutzte hochmoderne Technologie.“

Die schlimmen Folgen des Hochwassers in Deutschland und anderen europäischen Ländern war ein Gesprächsthema, das den TeilnehmerInnen deutlich machte, dass Natur- oder Umweltkatastrophen nicht nur Entwicklungsländer betreffen. Bei vielen entstand dadurch ein neues globales Bewusstsein und eine stärkere Solidarität: „Wir haben gemeinsame Probleme und deshalb müssen wir zusammen an ihrer Lösung arbeiten.“ Vielleicht war es diese Erkenntnis, die dazu führte, dass die an der Konferenz beteiligten US-Bürgermeister ihre Regierung drängten, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen.

Besser kleine konkrete Schritte und Erfolge als folgenlose Absichtserklärungen

Die TeilnehmerInnen der kommunalen Weltkonferenz verabschiedeten die Erklärung: „Local Government Declaration to the World Summit of Sustainable Development“*. Ihr Motto war „Von der Lokalen Agenda 21 zum Lokalen Handeln 21“. Einige ihrer Ziele sind:

- Beteiligung der Kommunen an Programmen zur Reduzierung der Armut
- Zusammenarbeit von Kommunen, Ländern und Nationen bei Nachhaltiger Entwicklung
- die Förderung der Agenda-21-Prozesse
- internationale Städte- und Gemeindekooperationen, Projektpartnerschaften statt traditioneller Partnerschaften; Einbindung der BürgerInnen durch verschiedenste Initiativen und Organisationen.

Das sind sehr allgemeine Zielsetzungen, aber Bärbel Dieckmann verwies darauf, dass während der Konferenz auf verschiedensten Ebenen die Zusammenarbeit in konkreten, einzelnen Arbeitsbereichen vereinbart wurde. Ihr Fazit ist deshalb: „Nicht alles ist veränderbar, aber es gibt kleine Erfolge und die sind wichtig, weil sie zu verstärkten Aktivitäten motivieren.“

Die Stadt hat neben den traditionellen Partnerschaften mit europäischen Städten inzwischen eine ganze Reihe von Projektpartnerschaften mit Städten in den Ländern des Südens. Dazu gehören zum Beispiel La Paz (Bolivien) mit einem Bildungsprojekt oder Minsk (Weißrussland) mit einem Kinderprojekt. Geplant ist eine Partnerschaft mit einer afrikanischen Stadt, eventuell Nairobi, und ein Abfallentsorgungsprojekt in Kabul. Bärbel Dieckmann nannte eine beeindruckende Reihe von Partnerschaftsaktivitäten, die noch ergänzt werden durch viele eigenständige Projekte und positive Initiativen von engagierten BürgerInnen.

Einen gewissen Vorteil gegenüber anderen Kommunen hat Bonn allerdings. Im Bonn-Berlin-Gesetz wurde die Funktion der Stadt als Zentrum für internationale Zusammenarbeit festgelegt. Das hat bewirkt, dass sich in den letzten Jahren hier – zusätzlich zu den schon 'alteingesessenen' developmentspolitischen Organisationen – viele große und kleinere Institutionen angesiedelt haben, darunter auch elf UN-Einrichtungen. Und nicht zuletzt ist Bonn der erste Dienstsitz für das Entwicklungs- und das Umweltministerium, also die Ministerien, die sich am intensivsten mit Nachhaltiger Entwicklung beschäftigen.

Um abschließend noch einmal auf den Erdgipfel zurückzukommen: Der Tagungsort Johannesburg war für Bärbel Dieckmann „goldrichtig“. Denn: „Es war gut, da zu sein, wo die Pro

* Deutsche Fassung als Material (siehe Seiten 39) oder unter: www.service-eine-welt.de/publikationen.

bleme, mit denen sich der Gipfel beschäftigte, so deutlich sichtbar sind. Das hat auch die inhaltlichen Diskussionen beeinflusst. Und die Auseinandersetzung und der Erfahrungsaustausch dort relativieren die Probleme, die wir in unseren Kommunen haben.“

Weitere Informationen:

www.bonn.de/internationales, www.service-one-world.com/publications



Ulrich Nitschke

Licht im Tunnel der Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Ulrich Nitschke, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, gab einen Überblick über Aufgaben, Strukturen, Institutionen und Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist, zumindest als eigenständiges Ressort in der Bundesregierung, noch relativ jung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurde vor 1961 gegründet. Sein Etat beträgt derzeit allerdings nur 0,7 Prozent des Bundeshaushalts.

Das BMZ ist zuständig für die Planung und Umsetzung der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Seine Aufgaben konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

- Mitgestaltung globaler Rahmenbedingungen
- Entwicklung bilateraler und multilateraler Förderstrategien und Unterstützung von Entwicklungsprogrammen und -projekten der Partnerländer
- Förderung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit nichtstaatlicher Organisationen.

Insgesamt verfügt das BMZ – einschließlich der Teilzeitbeschäftigten – über knapp 570 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hiervon sind rund 90 Prozent am 1. Dienstsitz in Bonn tätig, die übrigen zehn Prozent am Dienstsitz Berlin.

„Eine besondere Herausforderung für das BMZ ist es, nach innen und außen zu vermitteln“, meint Ulrich Nitschke: „Das Ministerium muss mit den unterschiedlichsten Partnern im Süden kooperieren und gleichzeitig der deutschen Bevölkerung verständlich machen, warum Entwicklungszusammenarbeit für die globale Entwicklung und die Friedenssicherung von großer Bedeutung ist. Und es muss auf internationaler und vor allem auf nationaler Ebene die Akteure zusammenbringen.“

In den letzten Jahren hat sich der entwicklungspolitische Ansatz deutlich im Sinne einer Partnerschaft verändert. Der Dialog, das Lernen voneinander spielen eine immer größere Rolle. Es ist durchgängige Politik, die Kompetenzen in und aus den Ländern des Südens stär

ker zu nutzen. Darüber hinaus ist die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland aufgewertet worden.

Das BMZ führt die konkreten Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit nicht selbst durch. Dies geschieht im Auftrag des Ministeriums und mit seiner politischen Steuerung durch eigenständige Organisationen. Im Bereich der Nothilfe kooperiert das BMZ mit dem Auswärtigen Amt.

Bereiche der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung gliedert sich grob in drei Arbeitsbereiche: die finanzielle, die technische und die personelle Zusammenarbeit.

1. Finanzielle Zusammenarbeit

Mit der Finanziellen Zusammenarbeit werden die Partnerländer vor allem bei Aufbau und Erhaltung von Infrastruktur und Finanzsystemen unterstützt. Sie erhalten günstige Kredite oder, im Fall der ärmsten Entwicklungsländer, nicht rückzahlbare Finanzierungsbeiträge. Mit der Finanziellen Zusammenarbeit hat die Bundesregierung vor allem die Kreditanstalt für Wiederaufbau beauftragt.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Seit Anfang der sechziger Jahre fördert die KfW mit vergünstigten Krediten Entwicklungsländer. Sie beteiligt sich an der Finanzierung von Investitionen, berät die Partner und unterstützt wirtschaftspolitische Reformen. Die Schwerpunkte der Förderung liegen auf der Armutsbekämpfung, der Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partnerländer, der Bildungsförderung sowie dem Umwelt- und Ressourcenschutz.

Weitere Informationen: www.kfw.de

2. Technische Zusammenarbeit

Die Technische Zusammenarbeit soll die Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen fördern. Dies geschieht durch die Entsendung deutscher Fachkräfte, die Aus- und Fortbildung einheimischer Fachleute und durch die Bereitstellung von Ausrüstung, Material und Finanzierungsbeiträgen für Programme und Projekte. Die für die Entwicklungsländer unentgeltlichen Leistungen werden von der GTZ und dem CIM durchgeführt.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Die GTZ ist ein privatwirtschaftlich organisiertes Dienstleistungsunternehmen im Bundesbesitz und arbeitet vorwiegend im Auftrag des BMZ. In mehr als 120 Ländern beschäftigt die GTZ über 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mehr als zwei Drittel davon aus den Partnerländern. Die Arbeitsfelder der GTZ reichen von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über Gesundheit und Grundbildung bis zum Umwelt- und Ressourcenschutz.

Weitere Informationen: www.gtz.de

Zentrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)

Das CIM vermittelt auf Nachfrage von Institutionen und Unternehmen deutsche bzw. europäische Fachkräfte in die Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Mittel- und Osteuropas. Das CIM wurde 1980 als Arbeitsgemeinschaft der GTZ und der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit gegründet und ist eine Personalvermittlung mit entwicklungspolitischem Auftrag. Weltweit sind zur Zeit über 700 CIM-Fachkräfte in mehr als 80 Ländern tätig.

Weitere Informationen: www.cimonline.de

3. Personelle Zusammenarbeit (PZ)

Die Personelle Zusammenarbeit trägt dazu bei, die Fähigkeiten und Kenntnisse der Menschen in den Partnerländern zu stärken und zu erweitern. Die Fort- und Weiterbildung von Führungskräften und Multiplikatoren sowie die Förderung von Existenzgründungen zählen ebenso zur PZ wie der Einsatz von Entwicklungshelfern. Dafür von der Bundesregierung beauftragte Organisationen sind DED, DIE und InWEnt.

Deutscher Entwicklungsdienst (ded)

Der ded ist der personelle Entwicklungsdienst der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde 1963 gegründet und hat seither über 10.000 EntwicklungshelferInnen nach Afrika, Asien und Lateinamerika entsandt. Zurzeit sind knapp 1.000 Entwicklungshelfer in rund 40 Ländern tätig. Der ded stellt Entwicklungsländern berufserfahrene Fachkräfte zur Verfügung. Er unterstützt einheimische Organisationen und Selbsthilfe-Initiativen durch fachliche Beratung, Finanzierung kleinerer Programme und Förderung einheimischer Fachkräfte.

Weitere Informationen: www.ded.de

Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt)

Im Oktober 2002 fusionierten die Carl Duisberg Gesellschaft e.V. (CDG) und die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) unter dem Namen InWEnt. Die neue Organisation für internationale Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog beschäftigt 980 Mitarbeiter. InWEnt bietet in einem Netzwerk mit in- und ausländischen Partnergesellschaften weltweit praxisbezogene Trainings-, Austausch- und Weiterbildungsprogramme für Multiplikatoren, Entscheidungsträger, Fach- und Führungskräfte an. Die Programme sollen dazu beitragen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer zu stärken und die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern. InWEnt bereitet außerdem Fachkräfte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und ihre Familien auf ihren Aufenthalt in einem Partnerland vor. Mit der Fusion hat die InWEnt auch den Auftrag erhalten, entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf bisher nicht erreichte Zielgruppen auszuweiten. Dies geschieht insbesondere mit den Regionalzentren in den Bundesländern.

Weitere Informationen: www.inwent.org

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Das DIE bietet auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung Beratung und Ausbildung an. Es erstellt für öffentliche Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland Gutachten zu entwicklungspolitischen Themen und berät sie im Hinblick auf aktuelle Fragen der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Darüber hinaus bildet es

Hochschulabsolventen aus Deutschland und anderen EU-Staaten für die berufliche Praxis in Institutionen der deutschen und internationalen Entwicklungspolitik aus.

Weitere Informationen: www.die-gdi.de

Nichtregierungsorganisationen – starke Partner in der Entwicklungspolitik

Für die Vermittlung von Zielen und Inhalten der Entwicklungszusammenarbeit ist die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) von großer Bedeutung. Politische Stiftungen, kirchliche und andere Institutionen und Vereine haben durch ihre größere Nähe zu den verschiedensten Bevölkerungsgruppen als Multiplikatoren eine wichtige Funktion in der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung und Entwicklungsarbeit. Allein im kirchlichen Umfeld gibt es in Deutschland rund 17.000 Initiativen, die zu dieser Thematik arbeiten. Das ergab 1997/98 eine Studie des entwicklungspolitischen Experten Franz Nuscheler.

Die NRO finanzieren sich aus Spenden, Vereinsbeiträgen und staatlichen Zuschüssen. In der Entwicklungspolitik der Bundesregierung spielt die Kooperation mit deutschen und ausländischen NROs eine immer größere Rolle, denn staatliche und private Entwicklungszusammenarbeit ergänzen einander. Das BMZ unterstützt NROs durch Programm- und Projektförderung, sucht aber auch den Austausch mit den Organisationen, die sich durch Kompetenz und vielfältige Erfahrungen auszeichnen.

Rund 100 deutsche NRO, von denen die meisten bundesweit tätig sind, haben sich im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammengeschlossen. Lokale Initiativen werden in dem Verband durch die NRO-Landesnetzwerke repräsentiert, die ebenfalls VENRO-Mitglieder sind und über 2.000 lokale Initiativen und Vereine vertreten.

Weitere Informationen: www.venro.org, www.ven-nds.de/agl.htm

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Von vielen Eine-Welt-Aktiven schon lange gefordert, wurde sie schließlich im Dezember 2001 in Bonn eröffnet: Die bundesweit agierende Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Sie ist in Sachen Entwicklungszusammenarbeit Anlaufstelle und Dienstleister für Kommunalverwaltungen, Institutionen, Firmen, Medien, Entscheidungsträger, ehrenamtlich Tätige und interessierte Einzelpersonen. Sie hat die Aufgabe, entwicklungspolitische Aktivitäten zu initiieren und zu unterstützen, vor allem dort, wo tragfähige regionale Strukturen fehlen.

Die Servicestelle wird gefördert aus Mitteln des BMZ, sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und der Stadt Bonn. Alle Förderer sowie das Bundesumweltministerium, kommunale Spitzenverbände, Gewerkschaften und andere Organisationen sind im Programmbeirat der Servicestelle vertreten. Er hat die Aufgabe, Anregungen und Beratung zum Jahresprogramm zu geben und in den eigenen Strukturen die Inhalte zu verstärken. Die Entscheidungen darüber trifft die Programmkommission, an der jeweils ein Vertreter vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas und von VENRO sowie der Leiter der Servicestelle beteiligt sind.

Erstmals ist damit eine Institution geschaffen worden, die von allen bedeutenden Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit getragen wird.

Weitere Informationen:
www.service-eine-welt.de

Kontakt:

Ulrich Nitschke, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Fon: 0228/2434-634; eMail: ulrich.nitschke@inwent.org

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn, Fon: 0228/535-0; im Internet: www.bmz.de

Literatur:

BMZ Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2002. Basisinformationen über die Entwicklungspolitik Deutschlands sowie internationaler Organisationen, mit ausführlichem Stichwortverzeichnis und vielen Tabellen; wird jährlich fortgeschrieben. Bezug: BMZ, Referat 114 – Bestellung, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn, Fon: 0228/535-3774 /-3775; oder im Internet: www.bmz.de/infothek/gesamtuebersicht.html

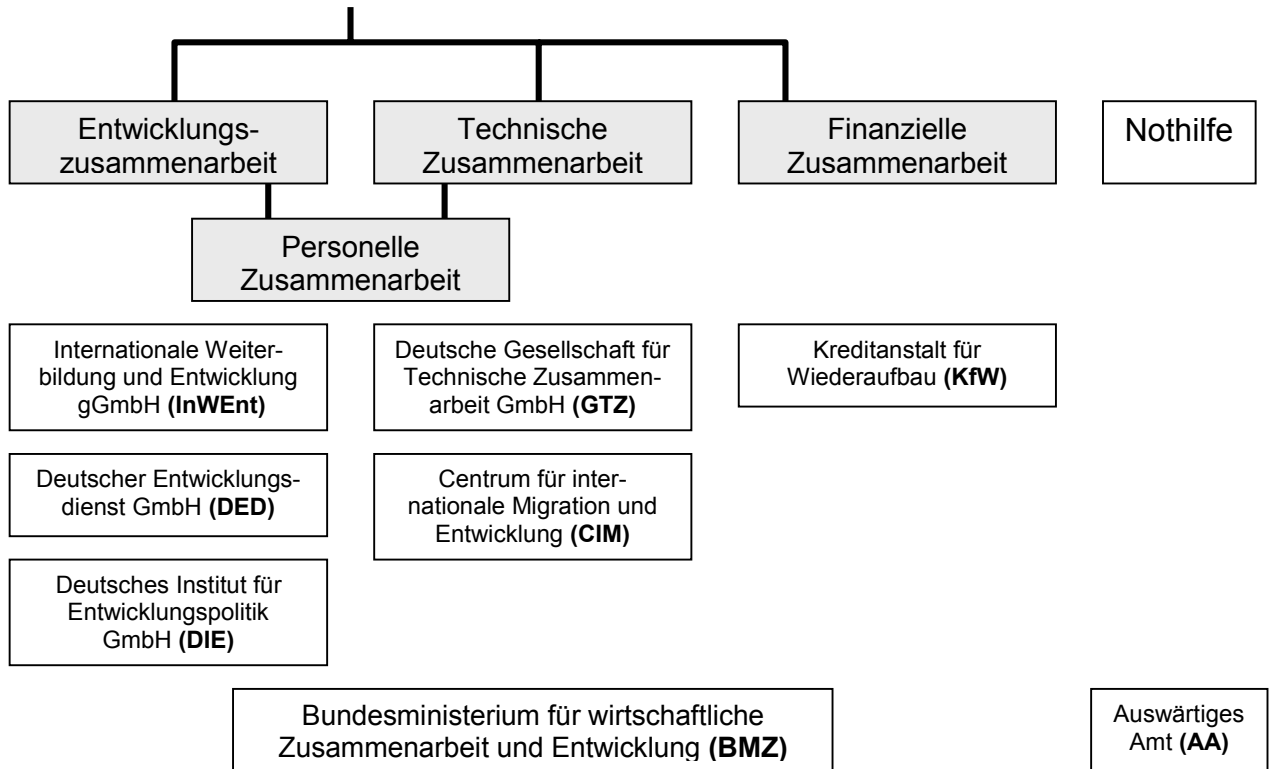
InWEnt/Informationszentrum Entwicklungspolitik: Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit. Bonn 2002. Bezug: InWEnt gGmbH/IZEP, Tulpenfeld 5, 53113 Bonn; Fon: 0228/2434-5; Fax: 0228/ 2434-766; eMail: izep@inwent.org

Internet:

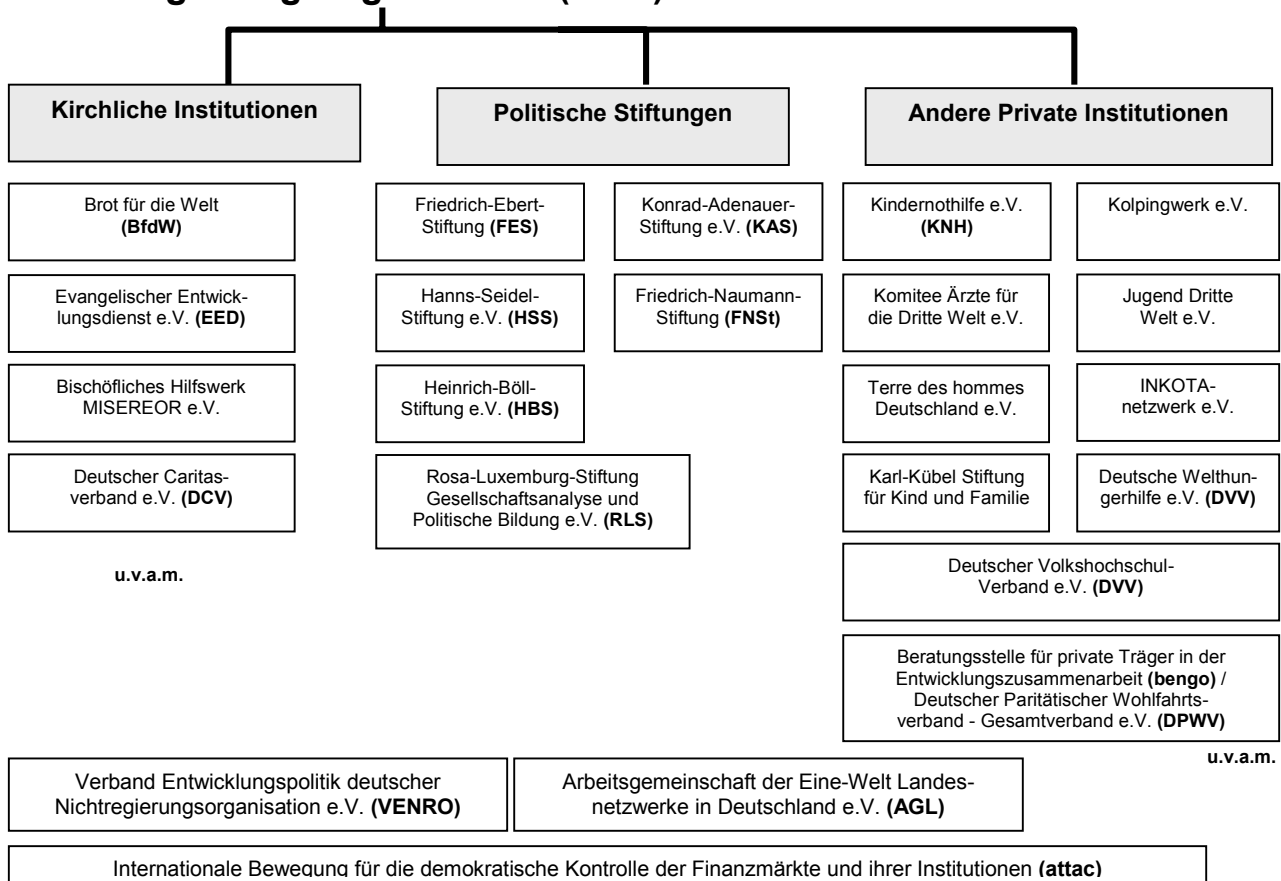
Links zu vielen entwicklungspolitischen Organisationen unter: www.dse.de/entwick.htm

Entwicklungspolitik online: www.epo.de

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit



Entwicklungszusammenarbeit der Nichtregierungsorganisation (NRO)





Sven Giegold

Globalisierung kritisch betrachtet – Strukturen und Positionen von Attac

Sven Giegold sprach über Hintergründe und Folgen der Globalisierung und informierte über die Standpunkte und Aktivitäten von Attac. Der Wirtschaftswissenschaftler war im Jahr 2000 Mitgründer von Attac Deutschland und ist Mitglied des bundesweiten Koordinierungskreises.

„Wir sind keine Gegner der Globalisierung, sondern eine globalisierungskritische Bewegung“, betont Sven Giegold: „Wir sprechen uns gegen Gewalt aus, wir wollen durch Informationen und Argumente überzeugen.“ Attac tritt ein für eine demokratische Kontrolle und Regulierung der internationalen Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen. Denn: „Wir sind davon überzeugt, dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Politik muss sich an den Leitlinien von Gerechtigkeit, Demokratie und ökologisch verantwortbarer Entwicklung ausrichten.“

Attac wurde 1998 in Frankreich gegründet. Attac ist die Abkürzung für „Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens/ Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“. Inzwischen ist Attac in 50 Ländern vertreten. Die deutsche Sektion von Attac wurde Anfang 2000 gegründet, Ende 2002 hatte sie bereits mehr als 11.000 Mitglieder. Viele Einzelpersonen, darunter Prominente und etwa 100 Organisationen, von ver.di über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen. Ihr gemeinsamer Nenner sind zehn konkrete Forderungen (siehe Info-Kasten). Zum deutschen Attac-Netzwerk gehören etwa 150 Ortsgruppen und zehn überregionale thematische Arbeitsgruppen.

Globalisierung nur für wenige ein Vorteil

Globalisierung definiert Sven Giegold ganz allgemein als Zunahme von Internationalisierungsprozessen. Dazu gehört der Austausch von Gütern und Dienstleistungen ebenso wie die Internationalisierung der Konzerne.

Die Globalisierung ist durch ökonomische Interessen geprägt, Motor sind die internationalen Finanzmärkte. Banker und Finanzmanager setzen täglich Milliardenbeträge auf den Finanz

märkten um und nehmen über ihre Anlageentscheidungen immer mehr Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung. Die internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und World Trade Organisation (WTO) agieren vor allem im Sinne der Industrieländer. Die Entwicklungsländer werden dabei ebenso wenig berücksichtigt wie die Interessen des Gemeinwohls und der Bevölkerung.



Mit den internationalen Wirtschaftsinstitutionen ausgehandelte Abkommen sind verbindlich und ihre Nichteinhaltung ist mit Strafen belegt. Dagegen sind UN-Resolutionen wie die Agenda 21 keine völkerrechtlich bindenden Verträge und es gibt es keinerlei Sanktionen. Rechtlich bindende Schutzbestimmungen im sozialen oder ökologischen Bereich werden auf nationaler Ebene festgelegt. „Die Politik ist durch die Neoliberalisierung erpressbar geworden“, meint Sven Giegold. „Große Unternehmen können ohne große Probleme in andere Länder übersiedeln. Die Drohung, den Standort zu wechseln, bewirkt, dass Standards und Normen, zum Beispiel bei den Arbeitsbedingungen tendenziell sinken.“

Das Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord und Süd. Einige Entwicklungsländer können zwar höhere Investitionen aus dem Ausland verzeichnen, müssen aber andere Nachteile in Kauf nehmen, zum Beispiel den Raubbau an Rohstoffen samt den negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Und inwieweit die Segnungen der Globalisierung tatsächlich die Bevölkerung erreichen, steht auf einem ganz anderen Blatt. Vorteile haben vor allem Menschen mit einer qualifizierten – und gefragten – Ausbildung, etwa Computerfachleute.

„Globalisierung ist kein Schicksal - eine andere Welt ist möglich“

Unter diesem Motto macht sich Attac daran, den „entfesselten Kräften der Märkte“ ein Gegengewicht entgegenzusetzen: Eine weltweite Bürgerbewegung, die internationale Regulierungen für Bereiche erkämpfen will, die bisher jeder nationalen und internationalen Kontrolle entgleiten.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist das, was Sven Giegold als „ökonomische Alphabetisierung“ bezeichnet. Viele Menschen empfinden die Globalisierung als bedrohlich, wissen aber zu wenig über wirtschaftliche Strukturen und Prozesse. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und Pressearbeit versucht Attac, die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln und Alternativen zum „neoliberalen Dogma“ aufzuzeigen.

Durch verschiedene Kampagnen und öffentlichkeitswirksame Aktionen setzen sich die Globalisierungskritiker für die Verwirklichung ihrer Forderungen ein. Zum Beispiel für die Einführung der so genannten Tobin-Steuer, eine Devisenumsatzsteuer, die zur Regulierung der Finanzmärkte beitragen würde und deren Einnahmen insbesondere für die Entwicklungsländer genutzt werden könnten. „Die klassische Eine-Welt-Arbeit finde ich oft zu eindimensional, von Norden nach Süden. Aber so etwas wie die Durchsetzung der Tobin-Steuer würde eine Verbesserung für die Menschen in allen Ländern bedeuten“, so Sven Giegold.

Forderungen von Attac Deutschland:

- Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin-Steuer)
- Schließung der Steuerparadiese und „Off-Shore-Zentren“
- Verbot hochspekulativer Derivate und „Hedge-Funds“
- demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank und WTO
- strengere Banken- und Börsenaufsicht auch für die sog. institutionellen Anleger
- keine weitere Liberalisierung des Welthandels
- Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen
- stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen
- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer
- keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds)

Weitere Informationen:

Attac-Büro, Frankfurt, Fon: 069/900 281-10; Fax: 069/900 281-99; eMail: info@attac.de

Sven Giegold, Fon: 04231/957-590; Fax: 04231/957-594, eMail: giegold@attac.org

Internet:

www.attac-netzwerk.de



Steffen Jörg

Ethische Geldanlagen als Investition in die Zukunft

Steffen Jörg gab einen Überblick zu Entwicklungen und Formen des Ethischen Investments. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie & Ökumene in Siegburg. Arbeitsschwerpunkte des Instituts sind die Themen: Frauen und Wirtschaft, Internationale Verschuldung, Weltwirtschaft und Ethisches Investment.

Traditionell werden Geldanlagen nach den Kriterien Rendite, Sicherheit und Verfügbarkeit des Kapitals beurteilt. In den letzten Jahren gewinnt eine vierte Kategorie an Bedeutung: so genannte ethische Kriterien. Südwind definiert Ethisches Investment so: „Alle Formen der Geldanlage und Investitionen, die sich nicht ausschließlich an Sicherheit, Rendite und Verfügbarkeit orientieren, sondern auch ethische Kriterien hinzuziehen.“ Die Anlageformen umfassen das gesamte Spektrum der konventionellen Anlagen: Festgeld, Sparbuch, Sparbrief, Festverzinsliche Wertpapiere, Direktbeteiligungen, Aktien und Investmentfonds.

Fachleute prognostizieren, dass ethische Investmentfonds, die Ende 2001 weltweit über 33 Mrd. US-Dollar verfügten, ihr Kapital bis 2005 verfünffachen. Auch in Deutschland kann diese Art der Geldanlage einen rasanten Anstieg verzeichnen: Das Kapitalvolumen stieg von 0,31 Mrd. Euro in 1998 auf 2,47 Mrd. Euro in 2001. Besonders viel Geld floss in 'Öko-Fonds', die zum Beispiel in Wind- und Solarenergie investieren. Trotz dieser beeindruckenden Zahlen machen ethische Geldanlagen in der Bundesrepublik allerdings zurzeit nur rund 0,7 Prozent der Gesamtanlagen aus.

Übrigens: Frauen sind gegenüber dem ethischen Investment besonders aufgeschlossen, das haben verschiedene Studien bestätigt. „Ein Grund ist wohl, dass Frauen ihre Lebenseinstellungen und Werte auch bei Kapitalanlagen stärker berücksichtigen“, so der Investmentexperte Kirein Franck vom Hannoveraner Institut für Markt – Umwelt – Gesellschaft.

Vom „sin stock“ zum Natur-Aktien-Index

Oft waren es engagierte Christen, die neue Formen der Geldanlage konzipierten, die sich mit ihrem Gewissen und ihren religiösen Werten vereinbaren ließen. Das gilt sowohl für die Anfänge des ethischen Investments im 19. Jahrhundert, als auch für die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten.

Chronik Ethisches Investment

Ende 19. Jh.: Methodisten und Quäker in USA und UK fordern: kein Geld in 'sin stocks', das heißt in Unternehmen, die 'sündige' Produkte herstellten, zum Beispiel Alkohol.

1928: „Pioneer Fund“ in USA. Erster Ethikfonds.

70er: Anti-Vietnam und Anti-Apartheid Bewegung: „Negativkriterien-Fonds“

1971: Pax-World-Fund: schließt Waffen- und Rüstungsfirmen aus.

1974: Gründung der GLS Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken

80er: Entwicklung von Positivkriterien: Investitionen, die gezielt etwas fördern wollen

1988: Ökobank

1994: UmweltBank

1997: Natur-Aktien-Index (NAI); 20 Werte, Ausschluss- und Positivkriterien

2001: GreenEffects: index-basierter Aktienfond, der nur in die NAI-Werte investiert.

Vermeiden oder fördern? Strategien des ethischen Investments

Ethisches Investment kann unterteilt werden in renditeorientiertes und förderndes ethisches Investment.

Renditeorientierte Geldanlage

Bei dieser Form ist der Anleger an Sicherheit und einer guten Rendite interessiert, will aber Anlagen in Unternehmen vermeiden, die gegen seine Werte verstoßen, beispielsweise Rüstungsgüter herstellen oder die Umwelt schädigen. Hierbei gibt es zwei Verfahren, Negativkriterien und 'Best-in-Class'. Einige Fonds, Versicherungen etc. arbeiten mit Negativkriterien, sie schließen bei ihren Investitionen ganze Branchen aus. Der Best-in-Class-Ansatz ermittelt für jede Branche die Unternehmen, die sich am stärksten an ökologischen und/oder sozialen Kriterien orientieren und befindet die 'Klassenbesten' für investitionswürdig. Problematisch ist hier, dass eine gute Position in der Rangliste nicht unbedingt bedeutet, dass ein Unternehmen wirklich sozial- und umweltverträglich arbeitet, es ist nur besser als andere in seiner Branche.

Fördernde Geldanlage

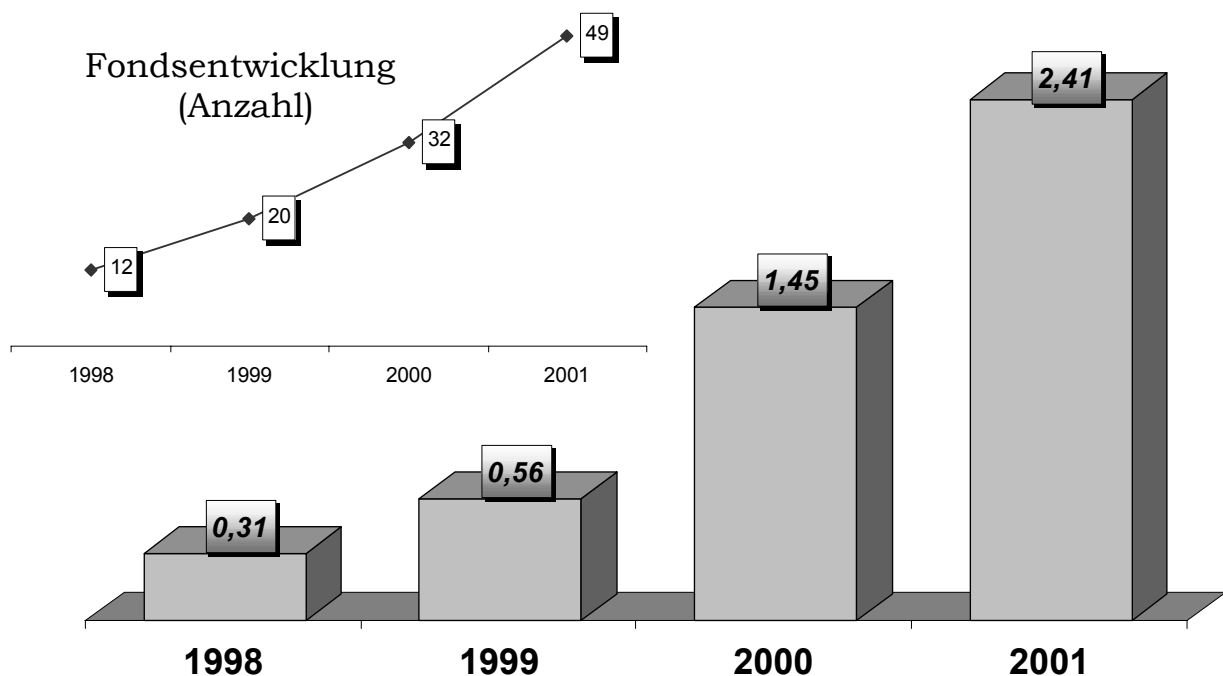
Im Vordergrund steht nicht die Rendite, sondern die Unterstützung ausgewählter Projekte oder Unternehmen. Das Kapital wird eingesetzt für zinsgünstige Kredite an förderungswürdige Firmen, Genossenschaften oder Kooperativen. Oft verzichtet der Anleger auf einen Teil der Rendite, weiß aber dafür recht genau, was mit seinem Geld geschieht und dass es in seinem Sinne arbeitet.

Als Beispiele für die unterschiedlichen Ansätze des Ethischen Investments stellte Steffen Jörg zwei Fonds vor, die beide im kirchlichen Umfeld gegründet wurden.

Die KCD-Aktien- und Rentenfonds zum nachhaltigen Investment wurden im März 2001 eingerichtet. KCD steht für Kirche, Caritas und Diakonie. Die Fonds haben ein Ausschlusskriterium: Unternehmen, die mehr als 50 Prozent ihrer Umsätze mit Rüstungsprodukten erzielen. Ansonsten arbeiten sie nach dem 'Best in Class'-Ansatz und orientieren sich am Dow Jones Sustainability Index (DJSI). Dieser basiert wiederum auf den Dow Jones Global Index, aus dem 250 Werte unter ethischen und nachhaltigen Gesichtspunkten herausgefiltert werden.

Die 1975 vom Ökumenischen Rat der Kirchen gegründete Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit orientiert sich an dem fördernden Prinzip. Investiert wird gezielt in Entwicklungsländer und zwar direkt in Unternehmen, deren Gewinn den Lebensstandard möglichst vieler armer Menschen hebt. Schaffung von Arbeitsplätzen, Frauenförderung, Verbesserung des Lebens- und Bildungsstandards auch über den Kreis der direkt Beschäftigten hinaus sowie Maßnahmen zum Umweltschutz sind weitere Richtlinien. Mit den fairen, d.h. zinsgünstigen und langfristigen Darlehen von Oikocredit arbeiten vor allem Genossenschaften, die von herkömmlichen Banken keine Kredite erhalten würden.

Volumenentwicklung Umwelt- und Nachhaltigkeitsfonds in Deutschland, in Mrd. □



Mehraufwand, der sich lohnt

„Manch einer ermöglicht mit seiner Geldanlage Aktivitäten, von denen er nachts Alpträume bekäme, wenn er sie genauer kennen würde,“ so heißt es in einer Broschüre des Bundesumweltministeriums. Wer guten Gewissens schlafen will, hat inzwischen eine Reihe von Möglichkeiten, sein Geld ethisch anzulegen. Er muss sich allerdings kundig machen und eine Reihe von Entscheidungen treffen, zumal viele Banken und Sparkassen noch nicht in der Lage oder gewillt sind, kompetent und detailliert über entsprechende Fonds zu informieren.

Wichtige Fragen sind: Will ich präzise Ausschlusskriterien oder Positivkriterien, um zukunftsfähig zu investieren oder reicht der etwas problematische Best-in-Class-Ansatz? Will ich gezielt fördern? Welche Fonds sind zuverlässig in der Auswahl und Kontrolle der Unternehmen, an die mein Geld weitergeleitet wird? Suche ich besser selber Unternehmen, in die ich direkt investiere? „Ethisches Investment bedeutet für den potenziellen Anleger oder die Anlegerin mehr Zeitaufwand“, weiß Steffen Jörg, „aber der lohnt sich, wenn ich entscheiden will, was mit meinem Geld passiert.“

Weitere Informationen:

Steffen Jörg, SÜDWIND e.V., Siegburg, Fon: 02241/25 97 34; Fax: 02241/51308, eMail: joerg@suedwind-institut.de

Internet: www.suedwind-Institut.de

Allgemeine Infos: www.umweltfinanz.de; www.ecoreporter.de; www.gruenesgeld.at, www.oeko-invest.de

Indices: www.sustainability-indexes.com (Dow Jones); www.greeneffects.de (NAI)

Riester-Rente: www.verbraucherzentrale-bawue.de; www.germanwatch.org

KCD-Fonds: www.union-investment.de

Oikocredit: www.oikocredit.org/de

Aktive Aktionäre: www.kritischeaktionaeere.de; www.iccr.org

Verbraucher Initiative e.V.: www.verbraucher.org

Literatur:

Bundesumweltministerium: Mehr Wert: ökologische Geldanlagen. Berlin 2000

Kessler, Wolfgang (Hg.): Geld und Gewissen. Kompass für ethisch motivierte Sparer. Oberursel 2000.

Antje Schneeweiß: Kursbuch Ethische Geldanlagen, Fischer Taschenbuchverlag 2002.

Deml, Max/May, Hanne: Grünes Geld – Jahrbuch für ethisch-ökologische Geldanlagen 2002/2003, Stuttgart: Schäfer Poeschel Verlag 2002.



Dieter Overath

Der Handel der Zukunft ist fair – was bietet der Faire Handel der kommunalen Ebene?

Dieter Overath berichtete über die aktuelle Situation und die Entwicklung des fairen Handels in Deutschland. Er ist Geschäftsführer von TransFair, Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ e.V., in Köln.

Dass Kaffee und Orangen aus dem Süden kommen, wissen alle. Dass ein Großteil unserer Textilien in Asien genäht wird, wissen viele. Aber dass Bestandteile unserer Waschmittel aus Indonesien stammen, Sportartikel häufig in Bangladesch und Pakistan produziert werden? „Der alte Begriff ‘Kolonialwaren’ war ehrlich“, meint Dieter Overath, „er machte die Herkunft deutlich. Heute sind weder Herkunft noch Herstellungsbedingungen bekannt.“ Wenn manche Menschen doch wissen, unter welchen menschenunwürdigen Bedingungen Arbeiterinnen in Asien unsere Jeans nähen oder wie wenig Geld Kaffeebauern in Lateinamerika verdienen, dann hat das viel mit dem Fairen Handel zu tun.

Entstanden ist diese Bewegung in den 1970er-Jahren, als die ersten entwicklungspolitischen Initiativen oder Kirchengemeinden in einer Ecke des Versammlungsraumes fair gehandelten Kaffee verkauften. In Wuppertal wurde 1975 das 'Fair Handelshaus gepa' (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH) gegründet, die ersten 'Dritte-Welt-Läden' öffneten ihre Pforten. Inzwischen gibt es bundesweit 800 solcher 'Weltläden', in 22.000 weiteren Geschäften sind fair gehandelte Waren erhältlich. Drei Millionen KonsumentInnen kaufen regelmäßig oder gelegentlich Faire Produkte und der Umsatz allein der gepa betrug Ende der 1990er um die 60 Millionen DM pro Jahr. Ein entscheidender Faktor für diese Ausweitung war – neben dem Engagement tausender von Menschen natürlich – die Arbeit von TransFair.

Faire Waren als „Einstiegsdroge“

„Nein, TransFair verkauft keinen Kaffee, es zertifiziert fair gehandelte Produkte“, diesen Satz hat Dieter Overath wahrscheinlich schon tausendmal gesagt. Die Aufgabe von TransFair ist

es zu kontrollieren, ob die Importeure, zum Beispiel Kaffeeröster, den festgelegten Preis über Weltmarktniveau an die ProduzentInnen bezahlen. Wenn die Fairhandelskonvention eingehalten wird, bekommt der Lizenznehmer das Siegel. In den letzten zehn Jahren wurden Waren mit TransFair-Siegel im Wert von rund 500 Millionen Euro umgesetzt. Die Hauptprodukte sind Kaffee, Honig, Kakao, Tee, Orangen und Bananen.

TransFair wurde 1992 gegründet und wird von 40 Organisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Kirche, Sozialarbeit, Verbraucherschutz, Genossenschaftswesen, Bildung und Umwelt getragen. Ein wesentliches Ziel der Arbeit von TransFair ist es, den Fairen Handel – und seine Hintergründe – bekannt zu machen. „Die Fairen Waren sind eine Art 'Einstiegsdroge' in das Thema Nord-Süd“, so Dieter Overath. „Wichtig ist die Story hinter den Produkten, die Strukturen und die Auswirkungen des Welthandels.“ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind daher ein Hauptarbeitsbereich. TransFair organisiert Kampagnen, informiert die Medien, entwickelt Informations- und Unterrichtsmaterialien und schult MultiplikatorInnen zum Fairen Handel, die für Vorträge und andere Veranstaltungen gebucht werden können. Ebenso wie 2001 wird es auch in 2003 im September eine bundesweite Faire Woche geben, an deren Organisation auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt beteiligt ist. Sie hat dabei zum Ziel, erstmals Kommunen und ihre Handlungsmöglichkeiten anzusprechen.

Fairänderung weltweit

Der Faire Handel hat zwei große Ziele. Zum einen: dem traditionellen, ungerechten Welthandel ein solidarisches und nachhaltiges Modell wirtschaftlichen Handelns entgegenzusetzen. Zum anderen: durch angemessene Preise die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Armen zu verbessern. Über 800.000 Produzentenfamilien in 41 Ländern kommen derzeit die Vorteile des Fairen Handels zugute.

Die Kooperationspartner des Fairen Handels sind vor allem Kleinbauern, die sich in Unternehmen oder Genossenschaften zusammengeschlossen haben. Sie bewerben sich bei der internationalen Dachorganisation „Fair Trade Labelling Organizations International“, in der sich 17 nationale Initiativen zusammengeschlossen haben. FLO ist der weltweit größte Sozialzertifizierer und garantiert mithilfe lokaler Inspektoren, dass Produkte mit dem Fairtrade-Label überall auf der Welt den Fairhandels-Kriterien entsprechen. Sie kontrollieren, ob die Produzentengruppen die sozialen und ökologischen Mindeststandards einhalten, zu denen sie sich verpflichtet haben.

Auch in Kommunen darf´s ein bisschen fair sein

Seit einigen Jahren gibt es in vielen Städten so genannte Städtekaffees zu kaufen: fair gehandelter Kaffee, der eine spezielle Verpackung hat – mit Wahrzeichen oder Logo der Stadt. Oft ist diese Idee im Zusammenhang mit lokalen Agenda-Prozessen entstanden. In einigen Fällen haben sich mehrere Städte zu solchen Aktionen zusammengeschlossen, zum Beispiel im Ruhrgebiet der 'Pott-Kaffee' oder im Rheinland die 'Rheinische Affaire'. Nach Dieter Overaths Einschätzung ein wichtiges neues Produkt: „Es ist fraglos ein neues Marktpotenzial, bedeutet aber nach bisherigen Erfahrungen nicht unbedingt eine Umsatzsteigerung. Der faire Käufer kauft dann seinen Kaffee nicht mehr von der gepa, sondern greift nach dem Städtekaffee.“ Hier gilt es, wirklich neue Käufer und den konventionellen Einzelhandel zu gewinnen.

Wie in Kommunen der faire Handel vorangetrieben werden kann, zeigt eine Broschüre, die von der Verbraucherzentrale NRW und der Neusser Eine Welt Initiative herausgegeben wur

de. Unter dem Titel „Darf´s ein bißchen fair sein? Strategien für faires Handeln: Agenda 21 praktisch“ werden Ideen und praktische Tipps präsentiert: von fair gefüllten Zuckertüten, über fair gespielte Fußbälle bis zu fair gehandelter Kamelle im Karneval.

Um den Fairen Handel stärker ins kommunale Beschaffungswesen zu integrieren – nicht einfach bei der derzeitigen Haushaltslage – hat TransFair die Aktion „Faire Präsentkörbe“ gestartet. Dazu gibt es einen speziellen Leitfaden für Kommunen. Kommunale Verwaltungen könnten den Fairen Handel entscheidend vorantreiben: Zum einen durch ihre Vorbildfunktion, zum anderen aber auch ganz direkt durch ihre Umsatzmengen. Beim Kaffee sind die Großküchen die wichtigsten Abnehmer, allein der Verbrauch in den VW-Betriebsrestaurants entspricht dem Umsatz von einigen hundert Supermärkten. Für den fair handelnden Menschen könnte das bedeuten, nicht nur im Freundeskreis für faire Produkte zu werben, sondern mal in der Betriebskantine nach fairem Kaffee zu fragen, in Tagungshäusern der Kirche, oder auch die lokalen PolitikerInnen dazu aufzufordern, in Rathaus und Verwaltung nur noch fair zu trinken.

Bundesweit findet in diesem September 2003 zum zweiten Mal die Faire Woche statt (www.fairewoche.de). Die Schirmherrin ist die Ministerin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ruft parallel dazu mit dem Wettbewerb "Hauptstadt des Fairen Handels" erstmals in Deutschland auf, Aktivitäten und innovative Maßnahmen zur Stärkung des Fairen Handels der Kommunen zum Bereich des Fairen Handels einzureichen.

Weitere Informationen

Dieter Overath, TransFair e.V., Köln, Fon: 0221/942 040-0, Fax: 0221/942 040-40, eMail: info@transfair.org

Internet:

www.transfair.org; dort finden sich auch diverse Materialien zum Fairen Handel.

www.rugmark.de, www.fairtrade.de, www.eco-fair-trade-net.de Internetseite zum „Projekt zur Verknüpfung von Öko- und Fair-Trade-Initiativen“, www.weltlaeden.de

Literatur:

TransFair e.V.: Aktion Faire Präsentkörbe. Leitfaden für aktive Kommunen. Im Internet als Download (www.transfair.org/navi/frnaak.htm).

Dokumentation des Fachgespräches 'Faires Beschaffungswesen in Kommunen' vom 19.11.2002 in Köln. Michael Marwede, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, eMail: michael.marwede@inwent.org, Fon: 0228/2434-632, Fax: 0228/2434-635

Neusser Eine-Welt-Initiative/Verbraucher-Zentrale NRW: „Darf´s ein bißchen fair sein? Strategien für faires Handeln: Agenda 21 praktisch.“ Bezug: NEWI e.V., Fon: 02131/18550; Fax: 02131/23178; eMail: NEWlev@lycosmail.com; oder: Verbraucherzentrale NRW, Fon: 0211/38092-95, Fax: 0211/38092-38; eMail: ernaehrung@vz-nrw.de.

Welt & Handel. Infodienst für den fairen Handel. 16 Ausgaben pro Jahr. Bezug: Jugendhaus Düsseldorf, Fon: 0211/46 93-0; Fax: 0211/4693-120.



Rosi Wolf-Almanasreh de C. Esteves

Das Eigene im Anderen entdecken – Positive Ansätze aus der Migrations- und Integrationsarbeit

Über Aktivitäten im Bereich Integrationsarbeit berichtete Dr. Rosi Wolf-Almanasreh. Sie war von 1989 bis 2001 Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main. Anfang der 1970er-Jahre gründete Rosi Wolf-Almanasreh de C. Esteves die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen IAF/Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.

Das Eigene im Anderen entdecken zu wollen, ist Voraussetzung für die Arbeit im Bereich von Integration. Sich selbst infrage stellen können, offen zu sein für Unbekanntes und die Fähigkeit zu entwickeln, mit Vielfalt und Differenz umzugehen. In einer Welt, die immer multikultureller wird, ist ein friedliches Zusammenleben nur möglich, wenn Menschen lernen, mit Disharmonie zu leben und das Andere zu respektieren. Dabei brauchen alle Beteiligten Unterstützung. Diese Unterstützung können ModeratorInnen leisten, wenn sie selbst gelernt haben, effektiv zu kommunizieren und dabei auch kulturelle Unterschiede zu berücksichtigen.

„Ich bin davon überzeugt, dass es insbesondere in großen Institutionen – von der Schule über die Industrie bis hin zu Verwaltung und Politik – erforderlich ist, laufende Prozesse und Maßnahmen zu begleiten, zu moderieren und entstehende Konflikte systematisch und regelmäßig zu bearbeiten“, meint Rosi Wolf-Almanasreh de C. Esteves. Nach ihrer Erfahrung funktioniert ohne eine Person oder Stelle, die Projekte supervisiert, vernetzt und begleitet, also ohne Moderation, der Informationsfluss nicht befriedigend. Außerdem werden personelle und finanzielle Ressourcen nicht vernünftig genutzt.

Welche Effekte durch eine sinnvolle Moderation erzielt werden können und wie damit die politische Aufklärungsarbeit, Bewusstseinsbildung und ein friedlicheres Zusammenleben verschiedener Kulturen gefördert werden können, zeigen einige Projekte des 1989 in Frankfurt gegründeten Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. Das Amt hat die Aufgabe, das friedliche Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen sozialen, nationalen, ethnischen und kulturellen Bevölkerungsgruppen zu fördern. Es befasst sich deshalb intensiv mit Fragen der Prävention und immer häufiger mit Konfliktvermittlung und Mediation. Es koordiniert und moderiert die Maßnahmen der verschiedenen Ämter und vernetzt sie mit anderen städti

schen Institutionen, mit Beratungsstellen, MigrantInnereinen, Verbänden, Schulen, Gewerkschaften und religiösen Gemeinden.

Stadtteilvermittlung – Konflikte abbauen, Zusammenleben fördern

Anfang der 1990er-Jahre kam es in etlichen Orten Deutschlands zu ausländerfeindlichen und antisemitischen Anschlägen und Aktivitäten. Für die Stadt Frankfurt – mit Menschen aus 180 Nationalitäten und Stadtteilen, in denen der Ausländeranteil über 30 Prozent liegt – war dies der Anlass, das Projekt „Stadtteilvermittlung“ zu initiieren. Sie ließ 60 BürgerInnen mit unterschiedlichen Muttersprachen in Moderation bzw. Mediation ausbilden, um bei Konflikten zwischen Bürgern in Wohnhäusern, Stadtteilen oder Schulen zu vermitteln. Die ModeratorInnen kommen oft aus sozialen Berufen und erhalten für ihre Vermittlungstätigkeit bei Konflikten ein Honorar.

Die MediatorInnen setzen dort an, wo andere Ämter, zum Beispiel die Polizei, nicht eingreifen können und versuchen, die Hintergründe für Konflikte herauszufinden. Mit Faltblättern und Veranstaltungen wurden Jugend- und Sozialarbeiter, Schulen, Ämter und andere Organisationen auf das Angebot der Stadtteilvermittler aufmerksam gemacht. Im Amt für multikulturelle Angelegenheiten nimmt ein Moderator die Fälle entgegen, organisiert den Einsatz der Vermittler, stellt die Vernetzungen her und schaltet im Notfall auch andere Behörden ein.

Das Projekt stößt auf eine überaus positive Resonanz: Im Verlauf der letzten fünf Jahre wurden über 600 Fälle bearbeitet und mehrere Wohnungsbaugesellschaften setzen inzwischen ebenfalls KonfliktvermittlerInnen ein, die im Gegenzug mietfrei wohnen können. Daher: Prävention ist die effektivste Form der Konfliktvermeidung und spart erhebliche Kosten.

MigrantInnen und Polizei im Dialog

Ziel des Projektes ist es, ein besseres Verständnis zwischen MigrantInnen und Polizei herzustellen und gegenseitige Vorbehalte abzubauen. Dazu wurden seit Anfang der 1990er-Jahre verschiedene Angebote entwickelt.

Um gemeinsam zu lernen, wie man mit Konflikten ohne zu diskriminieren umgeht, treffen sich in Workshops und Seminaren MitarbeiterInnen des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, Polizeibeamte, Mitglieder von MigrantInnereinen oder religiösen Gemeinden sowie Ausländer, die negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben. Außerdem organisiert die Polizei auf Wunsch Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Vereinen oder Gemeindezentren (u.a. Moscheen). Themen sind zum Beispiel Gewaltprävention oder die Arbeit der Polizei.

Im Projekt 'Gewalt Sehen Helfen', das von verschiedenen Ämtern der Stadt Frankfurt und der Polizei getragen wird, werden Öffentlichkeit und Freiwillige aus Vereinen in Kursen geschult, damit sie bei rassistischen Angriffen oder anderen Formen der Gewalt sinnvoll reagieren und rasche Hilfe holen können.

Auch in der Aus- und Fortbildung der Polizei spielt das multikulturelle Zusammenleben eine Rolle. In Workshops mit einem gemischt-nationalen Trainerteam erhalten die PolizistInnen Informationen zu Migrationsfragen, erfahren etwas über kulturelle Differenzen und üben sich in interkultureller Kommunikation.

Übrigens: Aus den vielen multikulturellen Begegnungen der letzten Jahre hat sich ein 'Stammtisch' entwickelt, der von einer Polizeibeamtin initiiert wurde. Hier treffen sich nun regelmäßig MigrantenvvertreterInnen und Polizisten – natürlich in der Freizeit.

Muslimischer Friedhof

Unter Moderation des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten wurde in Frankfurt ein muslimischer Friedhof eingerichtet, mit der dazugehörigen Trauerhalle und rituellen Waschanlagen. 25 Moscheevereine und das Garten- und Friedhofsamt beteiligten sich an der Planung.

Ausbildungsorientierte Elternarbeit

LehrerInnen, Fachleute für Arbeitsmarkt, Ausbildung und Erziehung, MitarbeiterInnen von Jugendzentren, Jugendliche und ausländische Eltern: Sie alle treffen sich bei Informationsveranstaltungen und Gesprächen, um ausländische Jugendlichen besser in die schulische und berufliche Ausbildung zu integrieren. Die Veranstaltungen finden in den Muttersprachen oder mit Hilfe von Dolmetschern aus den Vereinen statt.

Die hier vorgestellten Projekte sind nur einige der vielfältigen Aktivitäten des Frankfurter Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. Zum „Multikulti-Paradies“ ist Frankfurt dadurch zwar nicht geworden, aber die langjährige Amtsleiterin Rosi Almanasreh ist insgesamt ganz zufrieden: „Die Projekte bringen sehr unterschiedliche Menschen miteinander in Verbindung, Menschen, die sich zunächst oft als Gegner empfinden und dann Gemeinsamkeiten entdecken. Das trägt dazu bei, Rassismus und Gewalt zu verhindern.“

Weitere Informationen:

Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, Fon: 069/212-38765, Fax: 069/212-37946, eMail: information.amka@stadt-frankfurt.de, Rosi Wolf-Almanasreh de C. Esteves: eMail: rosi@almanasreh.de

Internet: www.stadt-frankfurt.de/amka und www.almanasreh.de



Dr. Helle Becker

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Dr. Helle Becker ist Autorin und Projektmanagerin im Bereich kultureller und politischer Jugend- und Erwachsenenbildung sowie Projektleiterin des BLK-Modellversuchs 'Agenda 21 in der Schule'. Sie stellte verschiedene Aktivitäten im Bildungsbereich 'Bildung für Nachhaltige Entwicklung' vor.

Der Arbeitsbereich „Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung“

Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Wir verstehen unter Bildung für Nachhaltige Entwicklung den Zusammenschluss der Arbeitsschwerpunkte Umwelt und Entwicklung zu einem komplexen Bildungsszenario. Hierunter fallen die Themen Zivilgesellschaft, Friedenserziehung, interkulturelle und internationale Bildung, Ressourcenschutz, soziales Lernen und politische Bildung unter dem Leitbild der Agenda 21. Hierbei beteiligen sich sowohl Erwachsene als auch SchülerInnen und Jugendliche. Ein notwendiger Querschnittsaspekt ist die globale Perspektive, vor allem der Aspekt der globalen Gerechtigkeit. Die Dimensionen Ökologie, Soziale Entwicklung und Ökonomie sollen gleichrangig berücksichtigt werden.



Das Dreieck der Nachhaltigkeit spiegelt das notwendige Zusammenspiel der ökologischen und ökonomischen Entwicklung und der sozialen Dimensionen wider. Bei den sozialen Fragen mitgedacht sind auch die kulturellen Aspekte, also die Abhängigkeit von Bewertungen und Entscheidungen von kulturellen Wahrnehmungs- und Handlungsmustern. Übrigens: die Abbildung ist auch das Logo des BLK-Modellversuchs *Agenda 21 in der Schule* in NRW.

Wesentlich im Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist die Befähigung zur Gestaltung einer selbstbestimmten Zukunft und der Teilhabe an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen. Zusammengefasst werden die Qualitäten unter dem Begriff der Gestaltungskompetenzen.

Gemeint sind hiermit Fähigkeiten wie Verständigungskompetenz, Vernetzungs- und Planungskompetenz, Reflexions- und Motivationskompetenz und die Fähigkeit zur Solidarität. Gestaltungskompetenz ist nicht einfach gegeben. Sie muss erlernt und eingeübt werden. Hierfür sind gewisse Voraussetzungen und Bedingungen notwendig. Und genau darum wird der Bildung in der Agenda 21 eine herausragende Rolle zugewiesen.

Die erwähnten Kompetenzen sind ganz unterschiedlich zu erlangen, in verschiedenen Bildungszusammenhängen, mit verschiedenen Zugängen, Inhalten und Methoden. Wichtig ist: Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung sollte das einlösen, was Nachhaltigkeit meint: Sie sollte partizipativ sein und immer die „drei Seiten der Medaille“ mitdenken. Dafür muss Bildung, müssen Bildungseinrichtungen und Akteure sich öffnen, und zwar gegenüber neuen Perspektiven, anderen Akteuren in der Gesellschaft und gegenüber weiteren Lebensbereichen.

Pädagogische Herausforderungen

Die Leitlinien der Agenda 21 im Bildungsbereich umzusetzen, ist nicht einfach und hat vielfältige pädagogische Herausforderungen:

- Die zukunftsbestimmenden Problemlagen sind komplex und sollten möglichst unter Berücksichtigung lokaler und globaler Gesichtspunkte behandelt werden. Bezogen auf Bildung bedeutet dies eine hohe Anforderung an die sogenannte „didaktische Reduktion“ bei der Vermittlung und der Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten.
- Komplexe Problemlagen sind nur interdisziplinär zu lösen. Das bedeutet nicht nur eine Verknüpfung verschiedener fachlicher Kompetenzen, sondern auch strukturelle Überschreitungen und „Entgrenzungen“. In der Schule fordert ein interdisziplinärer Ansatz zum Beispiel fächerübergreifenden oder fächerverbindenden Unterricht.
- Die Forderung nach Partizipation bzw. die Forderung nach Befähigung zur Partizipation hat in vielen Bildungsbereichen eine neue Gestaltung von Bildungsprozessen zur Folge. Für die Schule bedeutet sie ein teilweise radikales Umdenken didaktischer Prozesse.
- Soll in Bildungsprozessen „das, was im 21. Jahrhundert zu tun ist“ (Agenda 21) vermittelt werden, so müssen Bildungsprozesse eine deutliche Erfahrungs- und Handlungsorientierung erhalten. Hier gibt es stark divergierende Bildungskonzepte, die vor allem auf die Schwierigkeit eingehen, dass zwischen Wissen (kognitive Vermittlung) und Einstellung (Werteorientierung) sowie Verhalten (Handlungsorientierung) kein unmittelbarer Zusammenhang entstehen muss. Wertet man Bildung immer als Selbstbildungsprozess, so ist es auch keinesfalls wünschenswert, die Lernenden auf ein bestimmtes Verhalten zu „konditionieren“. Vielmehr sind offene Entscheidungssituationen zu inszenieren, in denen sich

die Lernenden selbst – und immer anders – entscheiden können. Dies aber stellt Lehren und Lernen vor allem in stark lernzielorientierten Lernsituationen vor neue Herausforderungen.

Darüber hinaus hat der Arbeitsbereich natürlich mit strukturellen Hindernissen zu kämpfen, mit den Organisationsformen von Schule wie der Einteilung in Fächer und Unterrichtseinheiten, mit mangelnder Motivation von Lehrerinnen und Lehrern, sich neuen Themenbereichen zuzuwenden, und wie überall mit mangelnden Ressourcen.

Umsetzungen

Bildung für Nachhaltige Entwicklung kann auf verschiedenen Ebenen umgesetzt werden. Hierunter fallen Unterrichtsprojekte, bestimmte Organisationsformen wie Umweltteams, Ökoclassen oder Agenda-Steuerungsgruppen, die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Wirtschaftsunternehmen, Internetplattformen und Schulpartnerschaften. Ideal verläuft die Umsetzung, wenn die Schulleitung die Ziele der Agenda 21 in das Schulprogramm verankert.

Beispiele einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Beispiel Nord-Süd-Partnerschaften: Dabei bemühen sich die Schulen, die Partnerschaften von einem „Patenmodell“ zu einem „Partnerschaftsmodell“ zu entwickeln. Hier gibt es viele Schulen, die Umweltaspekte mit entwicklungspolitischen Aspekten verbinden. So sparen einige nach einem kommunalen 50:50 Modell Heiz- oder Stromkosten, erhalten von den Kommunen die Hälfte des ersparten Geldes zur freien Verfügung und beteiligen sich mit diesem Geld am Bau einer Solaranlage in der Partnerschule, beispielsweise in Afrika .

Nachhaltigkeit in Produktion, Handel und Geldfluss: Einige Schulen in Nordrhein-Westfalen, allen voran ein Arbeitskreis in Düsseldorf unter der Leitung des Umweltamtes, bemühen sich gemeinsam und mit der Unterstützung von Unternehmen, Umweltmanagementsysteme an den Schulen zu etablieren und diese in Richtung eines Nachhaltigkeitsaudits auszubauen. Dabei werden die Zielformulierungen, die Mess- und Evaluationsaktivitäten sowie die Managementmaßnahmen von Schülerinnen und Schülern selbst durchgeführt.

In Dortmund wurde ein „Runder Tisch Müll“ und ein „Runder Tisch Energie“ unter der Beteiligung von Schulen eingeführt und mit dem Ziel etabliert, gemeinsam für eine ressourcenschonende Ent- und Versorgung zu streiten. Ein System von so genannten „Agenda-Beauftragten“, Schülerinnen und Schüler, die geschult sind, die Möglichkeiten der Ressourcenschonung innerhalb von Schulen aufzuspüren, sorgt für eine Verstetigung der erkannten Einsparungsmöglichkeiten. Ein großer Schülerkongress im Dortmunder Rathaus, von Schülern selbst organisiert, hat für eine breite Öffentlichkeit geworben.

Fairer Handel: Schülerinnen und Schüler einer achten Klasse einer Realschule in Dortmund haben durch entsprechende Werbung in und mit einem Supermarkt in der Nähe ihrer Schule dafür gesorgt, dass durch ein ausreichendes Kundenecho fair gehandelter Orangensaft in diesem Supermarkt verkauft wird.

NRW-Perspektiven

In Nordrhein-Westfalen sollen die verschiedenen und zum Teil immer noch vereinzelt Aktivitäten gebündelt und so gestärkt werden. Mit der Entwicklung zur 'selbstständigeren' Schule, mit der Öffnung von Schule und der Entwicklung von Schulprogrammen sind bereits erste Schritte möglich. Ein weiterer aktueller Anreiz soll eine Kampagne sein, die ab Jahresbeginn 2003 die Schulen auffordert, entweder sogenannte 'Agenda 21-Projekte in NRW' durchzuführen oder gar die Auszeichnung „Agenda 21-Schule in NRW“ anzustreben.

Weitere Informationen:

Dr. Helle Becker, Fon: 0201/26 13 37; eMail: projekte@helle-becker.de
Internet: www.blk21.de

Literatur:

„Agenda 21 in der Schule“ – News, vierteljährliche Informationen aus NRW-Schulen, Bezug: eMail: projekte@helle-becker.de

„Who is Who. Partner einer Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW. Bezug: Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW, eMail: poststelle@nua.nrw.de, Postfach 101051, 45610 Recklinghausen, Fon: 02631/305-0, Fax: 02631/305-340



Dr. Ulrike Eberhardt

Lokale Agenda 21 konkret: Prozesse und Erfolge am Beispiel der Stadt Lippstadt

Über den Agenda-Prozess in Lippstadt und insbesondere die Eine-Welt-Aktivitäten berichtete Dr. Ulrike Eberhardt. Die studierte Biologin ist Leiterin des städtischen Fachdienstes Umwelt und war mehrere Jahre beruflich in Südamerika tätig.

„Leben in Lippstadt mit Zukunft“ lautet das Motto des Lippstädter Agenda-Prozesses. Eine als Puzzle aufgebaute Weltkugel symbolisiert die globalen Beziehungen von Lippstadt und verdeutlicht, dass die Stadt viele einzelne Bausteine zusammenträgt, die zu einer nachhaltigen Entwicklung führen.

Neben diesem Leitmotiv für den Agenda-Prozess gibt es auch ein städtisches Leitbild, das zur Agenda 21 passt. Es stellt drei Dimensionen dar: Licht, Wasser und Leben. Das Licht symbolisiert die Wirtschaft (Hauptarbeitgeber in Lippstadt ist eine Firma zum Bau von Kfz-Scheinwerfern), das Wasser steht für Natur, Umwelt und Freizeit und das Leben für die sozialen Aktivitäten. Bei der textlichen Ausgestaltung des Leitbildes war es den im Agenda-Prozess Aktiven ein wichtiges Anliegen, den Aspekt 'Nachhaltigkeit' stärker zu betonen. Verschiedene Anregungen hat die Projektgruppe 'Stadtmarketing' übernommen, an weiteren Punkten wird noch gearbeitet.

Erst zögerlich, jetzt zielstrebig: der Lippstädter Agenda-Prozess

Lippstadt hat erst 1999 auf Initiative einer interdisziplinär besetzten Projektgruppe aus der Verwaltung einen lokalen Agenda-Prozess begonnen. Auch die VertreterInnen von Eine-Welt-Gruppen gaben wichtige Anstöße. Nach Startschwierigkeiten entwickelten sich vielfältige Aktivitäten. Durch Ratsbeschluss wurden dafür folgende Rahmenbedingungen definiert: Der Prozess soll projektbezogen sein, mit größtmöglicher Bürgerbeteiligung ablaufen und keine 'Nebenpolitik' entwickeln.

Die Steuerung erfolgt durch ein interdisziplinär besetztes verwaltungsinternes Projektteam mit Koordination durch den Fachdienst Umwelt. Je nach Situation werden unterschiedliche Strategien und Methoden genutzt, um die Öffentlichkeit in den Agenda-Prozess einzubeziehen:

- Suche von Verbündeten jeweils themen- und projektbezogen

- Agenda-Tage, offene Foren, Wettbewerbe
- Zukunftswerkstätten, Workshops, Arbeitsgruppen
- Beteiligung der Politik
- Gewinnung von VIP's
- Einmischen in Alltagsgeschäfte
- Pressearbeit

Eine kontinuierliche Aufgabe ist es, die Lokale Agenda 21 in der Stadt bekannt zu machen, dabei ist die gute Resonanz seitens der Presse hilfreich. Sie berichtet über den gesamten Prozess und insbesondere die Projektarbeiten. Ein Grund für das Medieninteresse ist sicherlich, dass an verschiedenen Projektgruppen oder Zukunftswerkstätten auch PolitikerInnen teilnehmen.

Projekte werden sowohl durch Arbeitsgruppen und Runde Tische als auch durch die Verwaltung initiiert und dann mit unterschiedlichen Akteuren durchgeführt. Neben der Projektarbeit ist ein Ziel des Agenda-Prozesses, ein Handlungskonzept zu erarbeiten und umzusetzen, das die nachhaltige Stadtentwicklung fördert. Dabei sollen Leitbild und Indikatoren, die zurzeit entwickelt werden, als theoretischer Unterbau dienen.

In Bonn zog Ulrike Eberhardt eine positive Zwischenbilanz: „Der Lippstädter Agenda-Prozess hat sich zu einem komplexen, vernetzten Geschehen entwickelt, dessen Herzstück die Bürgerinnen und Bürger sind. Er ist durch viel Bürgerengagement und Kreativität geprägt und findet in der Öffentlichkeit eine gute Akzeptanz.“

Globales und Lokales zusammenbringen: Eine-Welt-Aktivitäten

Für die Lippstädter Eine-Welt-Gruppen bietet der Agenda-Prozess eine neue Möglichkeit, ihre Interessen ins Stadtgeschehen einzubringen und sich zu vernetzen. Bei der Finanzierung der verschiedenen Aktivitäten spielen die so genannten GFG-Mittel (siehe Infokasten) eine wichtige Rolle. Über ihre Vergabe entscheiden in Lippstadt die am Agenda-Prozess beteiligten Gruppen gemeinsam mit der Verwaltung.

Ein sehr erfolgreiches Eine-Welt-Projekt war die Wandmalaktion 'Mural Global' im Mai 2001 mit einem Künstler aus Nicaragua. Das Lippstädter Wandbild befindet sich weithin sichtbar an einer Wand des zentral gelegenen Arbeitsamtes. Begleitet wurde die große Kunstaktion von zahlreichen kleineren Einzelprojekten, zum Beispiel gestalteten Jugendliche und Kinder Wandbilder an verschiedenen Stellen in der Stadt. Inzwischen ist auch ein Wandbild in Nicaragua als Parallelprojekt entstanden. Initiator der Mural-Global-Aktion in Lippstadt war eine ökumenische Eine-Welt-Gruppe. Die finanzielle Grundlage bildeten GFG-Mittel in Höhe von 3.000 DM, aber das machte nur zehn Prozent der Gesamtkosten aus. Die Gruppe fand eine ganze Reihe von Sponsoren, die das Projekt unterstützten, unter anderem Banken, das Handwerk und die Maler-Innung.

Ein anderes Projekt im Sinne der Eine-Welt-Arbeit ist zurzeit die Einführung des „Lippstadt-Kaffees“, mit dem der faire Handel gefördert werden soll. Die Idee entstand bereits vor zwei Jahren in einer Zukunftswerkstatt. Dieses Projekt bedarf noch einer stärkeren Promotion durch Prominente, größere Unternehmen, Cafes und Gaststätten.

Die Arbeit mit MigrantInnen und AussiedlerInnen ist ein weiterer Bereich der Eine-Welt-Aktivitäten im Lippstädter Agenda-Prozess. Viel Resonanz fand das Projekt „Wir 2 – Frauenfreundschaften verbinden Kulturen“. Frauen aus der Migrationsarbeit, die Gleichstellungsbe

auftragte und eine Studentin interviewten 30 Frauen, genauer gesagt 15 „Freundinnenpaare“ aus 18 Nationen. Die Gespräche bildeten die Basis für eine Ausstellung und eine Broschüre, die Migrationsgründe und die Erfahrungen von MigrantInnen in Deutschland bzw. Lippstadt darstellen. Die Ausstellung und ein begleitendes Kulturprogramm haben ein großes öffentliches Interesse gefunden, unter anderem besuchten auch Schulklassen die Ausstellung und hatten dabei Gelegenheit, sich mit den interviewten Frauen zu unterhalten.

Die interkulturelle Arbeit soll in der nächsten Zeit einen Schwerpunkt im Agenda-Prozess bilden. „Wir wollen Leute zusammenbringen und zwischen ihnen vermitteln“, sagt Ulrike Eberhardt: „Das geschieht aktuell in einem spannenden Projekt zur Aktivierung eines multikulturellen Stadtquartiers. Dort setzen wir neue Schwerpunkte: eine intensivere Jugendarbeit, Engagement gegen Gewalt, Stärkung der Senioren und eben die Zusammenarbeit mit MigrantInnen. Geplant ist unter anderem ein Stadtteilstfest, bei dem alle Kulturen einbezogen werden sollen.“

Weitere Informationen:

Dr. Ulrike Eberhardt, Leiterin des Fachdienstes Umwelt der Stadt Lippstadt, Fon: 02941/980-603, eMail: ulrike.eberhardt@stadt-lippstadt.de

Zum Projekt „Wir 2“: Michaela Quente, Gleichstellungsbeauftragte, Stadt Lippstadt; Fon: 02941/980-330; Fax: 02941/78111; eMail: michaela.quentel@stadt-lippstadt.de

Internet: www.lippstadt.de/index2.htm, Suchbegriff 'Agenda'.

INFO: GFG-Mittel:

Das Land Nordrhein-Westfalen stellt allen Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz pro EinwohnerIn in 2003 21 Cent für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. Diese Gelder sind für die finanzielle Unterstützung der Eine-Welt-Gruppen und –Aktivitäten bestimmt, insbesondere sollen sie die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit fördern. Die konkrete Verteilung der GFG-Mittel obliegt den Kommunen, in vielen Städten und Gemeinden sind Eine-Welt-Gruppen und verschiedene Institutionen an der Entscheidung beteiligt.

Weitere Infos: Landesarbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Zentren/Eine Welt-Landesnetzwerk NRW, Münster, Fon: 0251/57351, Fax:0251/57963, eMail: lag3w@muenster.org; Internet: www.muenster.org/lag3w/html/findex.html



Die Partner in Brasilien

Eine-Welt-Arbeit konkret: Deutsch-brasilianische Regionalpartnerschaft

Harald Kleem stellte die Regionalpartnerschaft zwischen dem Landkreis Leer und der brasilianischen Region Mantiqueira vor. Harald Kleem ist Lehrer und Mitglied des Vereins „Partnerschaft Mirantao/Mantiqueira e.V.“ in Ostrhauderfehn.

Es begann klein und klassisch: Ende der 1980er Jahre entschlossen sich einige engagierte BürgerInnen im ostfriesischen Ostrhauderfehn, einen Kindergarten im brasilianischen Mirantao finanziell zu unterstützen. Aus der Patenschaft für ein einzelnes Projekt hat sich inzwischen eine Partnerschaft zwischen der Region Mantiqueira in Brasilien und dem Landkreis Leer entwickelt, an der sich zahlreiche Gruppen und Institutionen beteiligen. Und auch die Einstellung hat sich geändert: „Vor 15 Jahren stand der Gedanke der Entwicklungshilfe im Vordergrund,“ erinnert sich Harald Kleem: „Heute geht es darum, voneinander zu lernen und einen Perspektivenwechsel einzuüben.“ Die gemeinsame Arbeit orientiert sich an der Agenda 21 und entsprechend breit gefächert sind die Themen: Bildung, Öko-Tourismus, Arbeit, Kommunalpolitik, Wasserreinigung, Aufforstung, Jugendaustausch sind nur einige davon.

Gemeinsam ist beiden Partnerregionen, dass sie durch eine ländliche Struktur mit kleinen Orten geprägt sind. Ganz unterschiedlich: Während Ostrhauderfehn sich quasi auf Meeresspiegel befindet, liegt der Partnerort Mauá 900 m hoch im Mantiqueira-Gebirge.

Schulpartnerschaft über den Ozean

Ein Kernstück der Regionalkooperation ist das Schulentwicklungsprojekt zwischen der Grund- und Gesamtschule Colegio Estadual Visonde de Mauá und der Orientierungsstufe Ostrhauderfehn. „Die wenigsten unserer Schüler verbringen ihre Ferien im Ausland“, weiß Harald Kleem. „Umso wichtiger ist es deshalb, dass sie durch die Schulpartnerschaft Kontakte zu Kindern in einem anderen Land knüpfen, etwas über deren Alltagsleben erfahren und sich austauschen können.“

Die beiden beteiligten Schulen benutzen in verschiedenen Fächern Materialien der Partner, und vermitteln Kenntnisse über deren Situation. Zusätzliche Informationen bietet ein E-Mail-Newsletter, der die deutschen SchülerInnen alle 14 Tage mit Stories und Hintergründen über den Alltag brasilianischer Jugendlicher versorgt. Auf mehreren Websites und auch in persönlichen E-Mails berichten die SchülerInnen, was in der Schule und in ihrem Alltag passiert. So wird der transkontinentale Nachrichtenaustausch ganz nebenbei zum Training in Fremdsprachen und im Umgang mit den neuen Medien.

So praktisch die modernen Formen der Telekommunikation auch sind, viel spannender ist es natürlich, die Menschen auf dem anderen Kontinent persönlich kennen zu lernen. Deshalb organisiert das Projekt auch Austauschreisen. Höhepunkte waren im Jahr 2002 die beiden „Millenium Villages“, die über zwei Wochen im Juni in Mauá und im November in Ostrhauderfehn stattfanden. Jeweils zwei LehrerInnen und zehn SchülerInnen machten sich auf die weite Reise, um mit den PartnerInnen vor Ort Visionen eines zukünftigen Lebens zu entwickeln. Verständigungsschwierigkeiten gab es kaum, denn es wurden verschiedene nonverbale Ausdrucksformen eingesetzt: Tanz, Theater, Musik, Bilder. Ein Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und KünstlerInnen war eine bunte, unterhaltsame Show, die auch als Videofilm festgehalten wurde und im Internet zu sehen ist.

Vom Kindergarten-Projekt zum sozialen Netzwerk

Neben der Schulkooperation sind aus der Partnerschaft Mirantao/Mantiqueira noch viele andere Aktivitäten entstanden. In beiden Regionen haben sich mehrere Schulen zu regionalen pädagogischen Verbänden zusammengeschlossen. Der ostfriesische „Präventionsverbund“, der sich die Gewalt- und Drogenprävention zum Ziel gesetzt hat, umfasst neben den Schulen auch Kindergärten, Kirchengemeinden, Volkshochschule und andere pädagogisch arbeitende Einrichtungen. Damit wird eine überfachliche Zusammenarbeit angestrebt, die sich an gemeinsamen pädagogischen Zielsetzungen orientiert. Außerdem bietet das Projekt für alle Interessierten Exkursionen, Konzerte, Workshops, Fortbildungen, Vorträge und rund 50 Arbeitsgemeinschaften an.

Aus dem Kindergarten-Projekt, das zu Beginn der deutsch-brasilianischen Partnerschaft stand, hat sich inzwischen in Brasilien das Netzwerk 'Mutirum' entwickelt, das mit deutscher Hilfe 15 soziale Projekte unterstützt: Kindergärten, Kinderheime, Betreuung von Straßenkindern und Behinderten. Als Anregung aus einem Partnerschaftsseminar wurde in Mauá begonnen, eine berufsbegleitende Schule ähnlich einer deutschen Berufsschule aufzubauen. Ziel ist die Qualifizierung von Personen im Bereich Tourismus und Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt Ökologie. Die Schule hat vor kurzem ihre Arbeit begonnen und kooperiert mit berufsbegleitenden Schulen und Volkshochschulen auf deutscher Seite.

Es gibt noch viel zu tun

Zur Zeit arbeitet Mutirum an der Idee, durch den Bau und Verkauf von 'Öko-Häusern' Geld für soziale Zwecke zu erwirtschaften. Ein weiterer Effekt dieses Vorhabens wäre die Ausbildung von Jugendlichen in handwerklichen Berufen. Arbeit und Beschäftigung sollen in der zukünftigen Projektarbeit eine noch größere Rolle spielen. „Unser Wunsch ist eine 'handfeste Jobmaschine“, sagt Harald Kleem. „Wir arbeiten gerade an einer Kooperation mit einem Reisebüro, das Reisen, kombiniert mit einem Sozialprogramm organisieren könnte. Und wir versuchen, Kontakte anzuknüpfen: zwischen den Ämtern für Wirtschaftsförderung, Außenhan

delskammern, aber auch zu VW, das in beiden Regionen ein Werk hat. So könnten Arbeitsplätze sowohl auf der deutschen als auch auf der brasilianischen Seite entstehen.“

Weitere Zukunftspläne sind: ein Millenium Village, ein Wandmalprojekt Mural Global, bei dem ein Künstler aus Mauá zusammen mit SchülerInnen aus Ostrhauderfehn eine große Hauswand gestalten soll und – eine große Aufgabe – die Ausweitung der Partnerschaft auf Südafrika.

Bei so vielen Aktivitäten und Plänen stellt sich natürlich die Frage: Wie wird das alles finanziert? Harald Kleems verblüffende Antwort: „Geld ist nicht das Problem. Wir erhalten von vielen Seiten finanzielle Unterstützung, zum Beispiel von der Umweltlotterie „Bingo!“, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Niedersächsische Umweltstiftung oder durch EU-Programme.“ Auf der brasilianischen Seite sieht das allerdings anders aus, die finanzielle Situation und der Lebensstandard sind viel schlechter. Eine Erkenntnis von Harald Kleem ist daher: „Der von uns so gern propagierte Dialog auf gleicher Augenhöhe wird von den Partnern im Süden fast als zynisch empfunden. Die Chancen sind einfach ungleich, deshalb müssen wir nicht nur Partner-, sondern auch Patenschaft, also Hilfe anbieten.“

Weitere Informationen:

Harald Kleem, Partnerschaft Mirantao/Mantiqueira e.V., Ostrhauderfehn, Fon: 04952/94 29 70, Fax: 04952/94 29 72; eMail: HKleem@t-online.de

Internet: www.brazilkids.org und www.millenium-village.de

Publikationen

Die hier aufgeführten Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden. Einige Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003.
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderation. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12. 2002, Bonn, Februar 2003.

Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Dokumentation "Petersberger Gespräch" am 18.06.2002 (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (in Englisch und Deutsch)

Material der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.
- Nr. 4.: Kommunikationstipps für Eine-Welt-Akteure. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002.

Über uns

SERVICESTELLE ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Eine Welt beginnt vor Ort – Kommunen sind der Prüfstein für Modelle zukunftsfähiger Entwicklung.

Nutzenargumente:

- *Vor Ort erleben wir die Vielfalt der Nationen und Kulturen direkt –*

Kommunen befördern die interkulturelle Neugier ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Kriminalitätsrate sinkt und die Bereitschaft zur Toleranz und sozialem Zusammenwachsen steigt.

- *Die aktive Bürgerkommune braucht neue Beteiligungsformen –*

Die vielfältigen Kontakte in die Eine Welt ermöglichen neue Lerngemeinschaften für konkrete kommunale Probleme bei allen Beteiligten. Sie erweitern die Lösungskompetenz von Bürgern und Verwaltung.

- *Allein wirtschaftliche Globalisierung schafft keine Sicherheit und Identität –*

Kommunen leisten Beiträge für global gerechteres Wirtschaften in der Stärkung des regionalen Handels und des fairen Einkaufens von Produkten, die in unseren Breiten nicht wachsen: Kaffee, Tee, Kakao, Bananen, Gewürze. Das schafft mehr Lebensqualität hier und behebt Fluchtursachen in den Ländern des Südens.

- *Ein neues Wir-Gefühl entwickelt sich –*

Es sind die Menschen, die in ihren Kommunen konkrete Beiträge für eine global gerechtere Entwicklung leisten: In Städtepartnerschaften und Projektkooperationen, im Klimabündnis oder der Unterstützung fairer Handelsstrukturen. So entsteht ein globales Netz kommunaler Akteure.

Unsere Serviceleistungen:

Information –

- internetgestützter Informationspool, Links, Veranstaltungshinweise, interaktive Diskussionsforen
- Eine-Welt-Nachrichten per E-Mail
- Datenbank zu guten Beispielen aus Kommunen
- Ratgeber Finanzierungshilfen (EU, Bund, Länder, Stiftungen etc.)
- Argumentationshilfen für die Kommunalpolitik
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Beratung –

- Telefonische Auskunft und Beratung vor Ort (mit Partnern)
- Beratung im Projektmanagement und Kampagnengestaltung
- Vermittlung von ExpertInnen, ReferentInnen und Moderatoren
- Förderung internationaler Agenda-Partnerschaften

Qualifizierung –

- Fortbildung für Kommunalverwaltungen und Agenda-Aktive
- Workshops und Fachgespräche zu Eine-Welt-Themen und -Kampagnen
- Multiplikatoren-Schulung für ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen
- Moderatorentaining mit erfahrenen Agenda-MediatorInnen